

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/146

2. August 1972

CDU/CSU schmückt sich mit fremden Federn

Verbale Annäherungen an Wertvorstellungen
der SPD

Von Prof. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
und Vorsitzender des Innenausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 1 / 39 Zeilen

Bayerns Treppen sind steiler als in Hamburg

Fakten und Anregungen zum Thema Beurteilung
sierung

Seite 2 und 3 / 92 Zeilen

Ägyptens Beziehungen zu Bonn

Wirtschaftliche Aspekte sind von großer
Bedeutung

Seite 4 und 5 / 75 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (III)

Seite 6 und 7 / 87 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 130 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 33 37 - 06
Telefax: 895 846 / 895 847
895 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

CDU/CSU schmückt sich mit fremden Federn

Verbale Annäherungen an Wertvorstellungen der SPD

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Man staunt und man möchte sich freuen: Die CDU/CSU beginnt offenbar, die Bedeutung von Wertvorstellungen zu erfassen, die die SPD seit Jahren vertritt. In einer Großen Anfrage zum Thema Raumordnung und Regionale Strukturpolitik bekennt die Opposition sich zur "Steigerung der Qualität des Lebens als Ziel aller Regionalpolitik und Raumordnung", wodurch "das klassische Wachstumsziel einen neuen Akzent" erhalte. Wer die Reaktionen von CDU und CSU auf ähnliche Ausführungen sozialdemokratischer Politiker und Gewerkschafter in letzter Zeit kennt, muß verblüfft sein; hat es die Opposition so meisterhaft verstanden, ihren Konsens in dieser grundlegenden Frage bisher geheimzuhalten? Und warum wurde der Satz aus der Anfrage: "...Maßnahmen, um unkontrolliertes Wachstum dort zu verhindern, wo es zu unzumutbaren Verschlechterungen der Lebensqualität für die großstädtische Bevölkerung führt" - warum wurde dieser Satz nicht früher gesprochen? Bei der Beratung des Städtebauförderungsgesetzes, des Mieterschutzgesetzes?

Nun, die Erklärung für den Sinneswandel liegt auf der Hand: Die Opposition möchte die ruhigen Sommermonate nutzen, um sich bis zum kühleren Herbst ein sozialreformerisches Mäntelchen zu schneiden. Der heimkehrende Urlauber soll eine erneuerte, reformfreundige CDU/CSU vorfinden und dieses Aha - Erlebnis an der Wahlurne in eine günstige Stimmabgabe umsetzen.

Fragt sich nur, ob der Wähler nicht noch ein anderes Erlebnis haben wird: Bohrende Zweifel nämlich, wie die Union diese verbale Reformfreudigkeit in die Politik umsetzen will. Wahrscheinlich möchten das ja manche ihrer Politiker; nur werden sie es nicht können, solange die CDU/CSU es nicht schafft, sich von ihren Verflechtungen mit denjenigen Kräften zu lösen, die dieses Wachstum nicht als unkontrolliert empfinden und deren "Lebensqualität" sich ohnehin auf erfreulich hohem Niveau befindet. Es wird deshalb nicht genügen, wenn die Opposition ihre Verlautbarungen mit guten Zitaten anreichert - ohne Nennung der Autoren, versteht sich - denn der Wähler wird Taten sehen wollen. Die findet er aber bei anderen: Bei SPD und FDP, denen nun plötzlich nachzueifern der Union die Kraft ebenso fehlt wie der gemeinsame Wille.

(-/ex/2.8.1972/xs)

Bayerns Treppen sind steiler als in Hamburg

Fakten und Anregungen zum Thema Baurationalisierung

Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik erlebt zurzeit einen Boom wie kaum jemals zuvor. Wer glaubte, mit dem Jahr 1971, das einen Bauüberhang von fast einer Million Wohnungen gebracht hatte; sei der Höhepunkt überschritten gewesen, wurde eines besseren belehrt. Der Anstieg der Baugenehmigungen hat sich auch 1972 unvermindert stark fortgesetzt. So positiv es nun auf der einen Seite angesichts der noch bestehenden Versorgungslücken ist, wenn möglichst viele Wohnungen gebaut werden, so bringt diese Entwicklung auf der anderen Seite doch eine Fülle von Problemen und möglichen Engpässen mit sich. Will man die großen quantitativen wie qualitativen Ansprüche im Wohnungsbau kapazitätswäßig und auch mit einem Blick auf die Stabilisierung der Baupreise lösen, denn kann die Parole nur lauten: Verstärkung der Rationalisierung und Industrialisierung im Bauwesen, Bemühen um eine Verbesserung der Struktur der Bauwirtschaft und Erhöhung des Fertigbauanteils.

War vor Jahren noch die Industrialisierung des Bauwesens heftig umstritten, so hat sich inzwischen wohl bei fast allen Beteiligten die Erkenntnis durchgesetzt, daß nur mit industriellen Baumethoden der enorme Bedarf bewältigt werden kann, und daß hier einer der entscheidenden Ansatzpunkte dafür liegt, den Anstieg der Baupreise zu stoppen. Vorbehalte, daß industrielles Bauen, Uniformität oder Monotonie und völliger Verzicht auf individuelle Gestaltung bedeute, werden nicht zuletzt durch Beispiele aus dem Ausland widerlegt. Auch das "know-how", die Kenntnisse des rationalen und industriellen Bauens, sind vorhanden und haben sich bei Demonstrativ- und Schulbauwerken des Bundes und der Länder bereits bestens bewährt.

Es bleibt also die Frage, warum dennoch der Industrialisierungsgrad im Hochbau allgemein so gering ist, warum der Anteil der Fertigbauindustrie an der Bauproduktion nur so langsam wächst. Ein ganz wesentlicher Grund ist sicher in der unterschiedlichen Regelung technischer Einzelheiten in den verschiedenen Bauordnungen der Länder zu suchen. Der größte Teil der Abweichungen beruht dabei nicht auf regional bedingten und vertretbaren gestalterischen Erfordernissen, er ist vielmehr durch die traditionell gewachsenen Baugesetze in den einzelnen Ländern begründet.

Gerade diese Abweichungen von technischen Einzelregelungen wirken sich aber außerordentlich erschwerend für jede Vorfertigung und Industrialisierung aus. Schon geringe Abweichungen in technischen Einzelheiten können erhebliche Schwierigkeiten bringen. Sie sind umso nachteiliger für Rationalisierung und Industrialisierung des Bauens, je mehr die Einzelregelung den Vorfertigungsgrad eines Bauteiles oder einer Baukonstruktion bestimmen. Von der Bauwirtschaft sind aber kaum forcierte Investitionen in industrialisierungsgerechte Entwicklungen zu erwarten, wenn der

damit anvisierte Erfolg durch individuelle Bauplanungen, uneinheitliche technische Einzelregelungen und andere Erschwernisse in Frage gestellt ist.

Es ist in der Tat nur schwer einzusehen, warum in den Ländern verschiedene Bestimmungen über Dinge wie Gebäudeabmessungen, Raumhöhen, Größen verschiedener Räume und dergleichen mehr gelten müssen. Nicht einmal das Steigerungsverhältnis der Treppen ist gleich. Man kann nur Vermutungen über landsmannschaftliche Eigenarten anstellen, möchte man z.B. ergründen, warum in Bayern die Treppen steiler sein müssen als in Norddeutschland. Die Baufirmen sind so gezwungen, überproportional große Planungs- und Konstruktionsbüros zu unterhalten. Häufig müssen größere Gebäude, die in einem bestimmten Fertigungs- oder Bausystem erstellt werden, für Bauvorhaben in einem anderen Land bei unterschiedlichen Maß- und sonstigen Anforderungen neu geplant und durchkonstruiert werden.

Hier gilt es also dringend, Abhilfe zu schaffen. Die geringste Behinderung für ein industrialisiertes Bauen wäre zu erzielen, wenn es gelänge, generell zu einer neuen Konzeption für Bauordnungen unter Verzicht auf eine Regelung technischer Einzelheiten zu kommen. Die Bauordnungen müßten als Rahmengesetze mit allgemeinen Anforderungen konstruiert werden. Ein derartiges Rahmengesetz könnte verhältnismäßig leicht für den Bereich der Bundesrepublik vereinheitlicht werden. Seine Notwendigkeit wird wohl auch heute von einsichtigen Ländervertretern kaum mehr bestritten.

Dies kann allerdings nur ein Ansatzpunkt sein, will man Rationalisierung und Technologieentwicklung erfolgreich umsetzen. Die Bauwirtschaft ist eine komplexe Aufgabe ansieht und versucht, seine Probleme komplex zu lösen. Erforderlich ist eine übergreifende Strategie, die zumindest drei Elemente enthalten müßte: 1/ Bauwirtschaftliche und administrative Maßnahmen wie Koordinierung der öffentlichen Hochbautätigkeit mit dem Ziel einer Nachfragesteuerung, kontinuierliche Auftragsvergabe und eine erleichterte Einführung neuer Produktionstechniken und -verfahren; 2/ Ausbau und Intensivierung der Bauforschung; und 3/ Vereinheitlichung des Bauordnungsrechtes und Beschleunigung des bauaufsichtlichen Verfahrens.

Verbesserungen in jedem dieser Bereiche können jeweils erhebliche Rationalisierungsreserven aktivieren. Durchschlagender Erfolg ist aber nur zu erwarten, wenn alle Maßnahmen in einem Gesamtplan gebündelt und koordiniert durchgeführt werden.

(rsch/ex/2.8.1972/og)

+ + +

Ägyptens Beziehungen zu Bonn

Wirtschaftliche Aspekte sind von großer Bedeutung

Vier Monate nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten ist bereits erkennbar, daß sich der Neubeginn nicht nur aus "wirtschaftlichen Gründen" als unumgänglich erwiesen hat. Zusätzlich zu dem starken Engagement Kairo auf der arabisch-afrikanischen Ebene versucht die ägyptische Regierung ihre Westeuropapolitik zu intensivieren. Dabei kommt der Bundesrepublik auch wegen ihrer wirtschaftlichen Position eine besondere Bedeutung zu. Bonn und Kairo haben im Sondierungsstadium vor der Wiederaufnahme der Beziehungen bewußt darauf verzichtet, wirtschaftliche Aspekte und finanzielle Möglichkeiten allzusehr ins Spiel zu bringen. Hierüber, so argumentieren Kenner der Kairoer Verhältnisse, bietet sich jetzt nach der Normalisierung der Beziehungen eine bessere Gesprächsbasis. Von dem inzwischen aus innenpolitischen und EWG-Verpflichtungen verschobenen Besuch von Außenminister Scheel erwartete die Regierung in Kairo allerdings eine Klärung wesentlicher wirtschaftspolitischer Probleme. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten waren auch in den letzten Jahren der "eingefrorenen Diplomatie" nicht ganz schlecht. Wirtschaftspolitisch bereitet der Regierung Sadat allerdings die Auslandsverschuldung nicht geringe Sorgen. Schätzungen belaufen sich auf etwa 2,5 Milliarden US Dollar. Hinzu kommen noch Rüstungsschulden, die auf etwa 20 Milliarden Mark beziffert werden. Die Führung in Kairo wollte bei dem Scheel-Besuch vor allem die Umschuldungsfragen erörtern und für Kairo möglichst günstig vereinbaren. Informierte Kreise in Kairo geben die Gesamtschuld gegenüber der Bundesrepublik mit rund 800 Millionen Mark an. Die "Wiederherstellungen" in Form von Kapitalhilfe werden zwischen 100 und 150 Millionen Mark gehandelt. Von den 800 Millionen Mark dürften die Bundesregierung einschließlich der Hermes abgedeckten Kredite - mindestens 300 Millionen angehen. Bonn wird sich großzügig zeigen müssen, um mit einem neuen Umschuldungsabkommen den Ägyptern eine Startchance zu geben, an die man auch bei günstigsten Konditionen keine übersteigerten Hoffnungen knüpfen darf.

Auf Jahre hin wird die Handelsbilanz für Ägypten defizitär bleiben. Die Plazierungen in den gegenseitigen Handelsbilanzen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten sind teilweise erheblich unterschiedlich. Bonner Diplomaten in Kairo setzen die Bundesrepublik hinter der UdSSR auf den zweiten Platz, allerdings mit rückläufiger Tendenz.

Die DDR wird für 1971 vorsichtig auf dem 8. Rang eingeordnet. Ägypten importierte 1970 für 448,524 Millionen Mark Waren aus der

Bundesrepublik und exportierte für 207.005 Millionen Mark. 1971 betrug der ägyptische Import von der Bundesrepublik 354.602 Millionen Mark und der Export in die Bundesrepublik lediglich 165.884 Millionen Mark. Die Gesamtbilanz sank von 665.574 Millionen Mark 1970 auf 529.486 Millionen Mark im vergangenen Jahr. Das sind rund 20 vH. Minus Im ersten Halbjahr 1972 sank die Handelsbilanz erneut.

Besonderes Interesse hat die ägyptische Regierung an einem kontinuierlichen Touristenverkehr mit der Bundesrepublik. Der Devisenmangel und die Schwäche des ägyptischen Pfunds haben Kairo dazu veranlaßt, den Touristen-Kochechkurs gegenüber der Deutschen Mark um mehr als 40 vH. abzuwerten. Heute erhält der Tourist aus der Bundesrepublik für 100 Mark 21 ägyptische Pfund. Mit dieser Maßnahme wollen die Behörden vor allem dem "Schwarzen Markt" Einhalt gebieten. Den US Dollar tauschen die Banken in Ägypten offiziell zum Kurs von 1 Dollar = 65 Piaster. Auch fünf Jahre nach dem arabisch-israelischen Krieg hat Ägypten - in Gegensatz zu Israel - die Touristenzahlen von 1956 noch nicht wieder erreicht.

	Touristen	Übernachtungen
1966	579.000	9.783.000
1969	345.000	4.396.000
1970	358.000	4.574.000
1971	428.000	5.979.000

Um den Bau von modernen Hotels zu forcieren, will die ägyptische Regierung neu errichtete Hotels fünf Jahre lang von allen Steuern befreien. Ausländer können in Ägypten Investitionen für Hotels vornehmen, wenn sie 75 vH. der Baukosten tragen. Als Ziel gab Haschim, der Minister für Tourismus, jährliche Einnahmen aus Touristenbesuchen in Höhe von 50 Millionen Dollar an. Die Bundesrepublik könnte dabei eine bedeutende Rolle spielen, denn auch finanziell gehört Ägypten durchaus zu einem interessanten Reiseland.

Ernst Dieter Schwickler
(-/ex/2.8.1972/hs)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (III)

"Der Rat und die Mitarbeit Schillers innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens wird geschätzt. Man wird den Rat Schillers immer gern anhören". / Franz Josef Strauß, CSU-Landesvorsitzender und Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU, am 26. Juli 1972 in der Illustrierten "Quick".

Dieser Aussage stellen wir in einer ausführlichen Dokumentation die Aussagen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über Prof. Dr. Karl Schiller entgegen, die uns aus der Zeit vom 11. September 1969 bis zum 16. Juni 1972 vorliegen.

"Zweites Deutsches Fernsehen" / 18. September 1969

"Ich glaube, man sollte nicht immer von der Notwendigkeit der Lösung der Konjunktur- und Währungsprobleme reden, weil damit völlig falsche Vorstellungen erzeugt werden, als ob in unserem Lande eine drückende Ungewißheit, eine entsetzliche wirtschaftliche Misere herrschen würde, und die Regierung endlich handeln würde. Keinem Land der Welt geht es zurzeit so gut wie uns. In keinem Land der Welt wird so dumm dahergeredet über die Konjunktur, als wie es bei uns der Fall ist. Und ich halte es für lebensgefährlich, wenn der Herr Bundeswirtschaftsminister vor einigen Tagen erklärt hat: 'Man müsse jetzt nach dem 28. jedenfalls handeln, das sei noch nicht zu spät, sonst...' Will er dann wirklich die Spekulanten wieder in Bewegung setzen? Die werden doch durch solche Ankündigungen nur alarmiert."

Würden Sie erneut das Finanzressort übernehmen, wenn Ihr Kontrakt mit Schiller wieder Wirtschaftsminister würde?

"Die Frage muß eher lauten, ob ein Bundeskanzler sich darauf einlassen kann, daß ein Ressortminister nach einem Kabinettsbeschluss die eigene Regierung dauernd beschimpft, sie ins Unrecht setzt, ihr Dummheit vorwirft, Ahnungslosigkeit und ebenso auf den Regierungschef. Ich werde immer persönliche Ressentiments oder Wahlkampfemotionen hinter sachliche Notwendigkeiten zurückstellen, wenn es wieder an die Arbeit geht."

"Flensburger Tagesblatt" / 18. September 1969

"Haben wir 1961 nicht mitten in den sich voll entfaltenden Boom hinein aufgewertet, während wir in diesem Frühjahr die Chance gehabt hätten, zu Beginn des Booms aufzuwerten?"

Ein grandioser Irrtum, bei dem Sie offensichtlich ein Opfer der Prophezeien des Herrn Wirtschaftsministers geworden sind, der immer die Entwicklung mit einem halben, ja mit einem vollen Jahr vor-

zögerung beurteilt. Ich habe im November 1967, am Tage, als das Gutachten der Wirtschaftssachverständigen mit der Forderung nach starken Konjunkturförderungsmaßnahmen herauskam, erklärt: Nichts mehr davon! Ich habe im März 1968 die von Herrn Schiller vorgeschlagene Senkung bzw. Aussetzung der Investitionssteuer mit einer Stimme Mehrheit im Kabinett verhindert und dem Bundeskanzler erklärt: wenn ich hier überstimmt werde, nehme ich den Hut, weil es Irrsinn ist, noch im Frühjahr 1968 Konjunktur zu heizen. Ich habe im Juli 1968 verhindert, daß der Vorschlag Schillers für eine stärkere Steuersenkung und ein drittes Konjunkturprogramm noch durchging. Ich habe erklärt: Wir befinden uns bereits in voller Fahrt. Jede weitere Steuererleichterung und jeder weitere Auftragshaushalt ist schlichter Blödsinn bei totaler Verkennung der wirklichen Lage. Das werfe ich diesen Theoretikern vor, daß sie nicht im Herbst 1967 erkannt haben, wohin die Reise geht. Wir haben schon 1968 Hochkonjunktur gehabt, und war das erst im Frühjahr 1969 erkannt hat, der beweist, daß er ein reiner, mit starkem Verzögerungseffekt behafteter Theoretiker ist, der von der wirtschaftlichen Praxis nicht die geringste Ahnung hat."

"Bild"/ Hamburg / 19. September 1969

"Ich werde weder an persönlichen Erfahrungen noch an Ressentiments eine aus politischen Gründen notwendige Zusammenarbeit scheitern lassen".

Also auch eine Neuauflage von Fleisch und Plum?

"Ich werde nichts an persönlichen Dingen scheitern lassen. Ich hätte nur einen Wunsch, daß der liebe Gott dem Kollegen Schiller noch einmal die Gnade der charakterlichen Wandlungsfähigkeit verschonen möge. Ich schließe seine Hamburger, Berliner und Bonner Tätigkeit ein, wenn ich sage, daß die Beteiligten ihn immer mit leichteren Herzen haben ziehen als kommen sehen".

"Die Zeit"/ Hamburg / 19. September 1969

War für Sie die Entscheidung gegen die Aufwertung primär eine wirtschaftlich-rationale oder eher eine machtpolitische Frage, die von Volkswirtschaftsprofessoren dann auch nur partiell beurteilt werden kann?

"Ich kann dazu hier nur ein paar Stichworte nennen. Ich war ja sehr überrascht, daß der Bundeswirtschaftsminister, und zwar ohne sich mit mir darüber unterhalten zu haben, plötzlich seine Einstellung geändert hat. Ich kenne ja nur seine zum Teil in meiner Gegenwart getätigten Äußerungen, in denen er, angefangen von seiner Rede vor der IG Metall im September letzten Jahres bis zu der Sendung "Journalisten fragen - Politiker antworten" vom 27. Februar dieses Jahres, die Nachteile der Aufwertung erwähnt und erklärt hat: Die Sache ist für uns ausgestanden. Daß er irgendwann im März mal seine Meinung geändert hat, habe ich dann nachträglich festgestellt. Aber welche Gründe ihn dazu bewogen haben, so schnell umzuschalten, ohne sich mit mir darüber abzustimmen, weiß ich bis heute nicht".

(Fortsetzung folgt am 3. August 1972)